

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Gerhard Stoltenberg
Student und Politik

Joachim Raschke
Strukturwandel des
parlamentarischen
Regierungssystems in der
Bundesrepublik

B 18/68
1. Mai 1968

Gerhard Stoltenberg, Dr. phil., Bundesminister für wissenschaftliche Forschung, geb. 29. September 1928 in Kiel. Seit 1947 Mitglied der CDU in Schleswig-Holstein, seit 1955 stellvertretender Landesvorsitzender, von 1955 bis 1961 Bundesvorsitzender der Jungen Union, von 1954 bis 1957 Mitglied des Landtages von Schleswig-Holstein, 1957 im Wahlkreis Schleswig-Eckernförde in den Bundestag gewählt, von April bis Oktober 1965 Direktor der Stabsabt. Wirtschaftspolitik in der Fa. Krupp, Essen.

Veröffentlichung von zwei größeren historischen Untersuchungen und mehreren Aufsätzen zur neueren Geschichte und zur Finanzwissenschaft.

Joachim Raschke, Dipl. Politologe, Redakteur der Schriftenreihe „Zur Politik und Zeitgeschichte“, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin in Verbindung mit dem Otto-Suhr-Institut an der Freien Universität Berlin, geb. 1938 in Rosenheim.

Veröffentlichungen: Wahlen und Wahlrecht, Berlin 1968²); Wie wählen wir morgen? Verhältnis- oder Mehrheitswahl in der Bundesrepublik, Berlin 1967.

Herausgeber:

Bundeszentrale für politische Bildung,
53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt gern entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 6,— vierteljährlich (einschließlich Mehrwertsteuer DM 0,29) bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,29 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Student und Politik

Studenten und Politik — damit verbinden sich nach den Auseinandersetzungen des Jahres 1967 mancherlei Assoziationen: Demonstrationen gegen den Schah, Proteste gegen die Notstandsgesetze, die Große Koalition und andere vermeintliche Formen „autoritärer Herrschaft“. Wer sein Bild von den Studenten und Hochschulen aus dem vordergründigen Eindruck der Tagesnachrichten bezieht, wird geneigt sein, jene lauten Stimmen radikaler, oppositioneller Proteste als repräsentativ für den deutschen akademischen Nachwuchs anzusehen. Fraglos haben sie das öffentliche Bild studentischer Diskussionen und Aktionen stark bestimmt und innerhalb wie außerhalb der Hochschulen Beachtung gefunden. Aber es gab schon in der erregten Stimmung der Sommermonate 1967 nach den bedauerlichen Berliner Zwischenfällen deutliche Gegenreaktionen. An vielen Hochschulen sprachen sich die Studentenvertretungen oder starke Gruppen der Studentenschaft gleichermaßen gegen

Übergriffe der Polizei und den Mißbrauch des Demonstrationsrechts durch linksradikale Aktivisten aus; Unterschriftenaktionen fanden beträchtlichen Widerhall, in denen der Anspruch radikaler sozialistischer Kreise, für die Studenten zu sprechen, zurückgewiesen wurde. Auch die Wahlen zu studentischen Vertretungen brachten an mehreren Universitäten einen deutlichen Rückschlag für die linksradikalen Gruppen. Das zunehmende politische Engage-

Joachim Raschke

Strukturwandel des parlamentarischen Regierungssystems in der Bundesrepublik S. 9

ment kam auch den gemäßigten Verbänden im Zustrom neuer Mitglieder zugute; vereinzelt gibt es aber auch Ansätze zu einer Belebung der bis jetzt bedeutungslosen rechtsradikalen Vereinigungen.

Aufschlußreiche Meinungsbefragungen

Diese Vielfalt der Kräfte und Auffassungen wird durch jüngste Meinungsbefragungen innerhalb der Studentenschaft eindrucksvoll bestätigt. Besonders aufschlußreich ist eine umfassende, bisher nicht veröffentlichte Untersuchung des Allensbacher Instituts für Demoskopie von Ende Juni 1967. Wer glaubt, jene mit großem publizistischen Aufwand dargestellten Ansichten linksradikaler Studenten zur Notstandsgesetzgebung, Bundeswehr und Anerkennung der Zweistaatlichkeit seien repräsentativ für die Haltung der Studentenschaft, wird einige Überraschungen erleben. So sprachen sich zum Beispiel 58 % der Studenten für eine Notstandsgesetzgebung aus, 36 % verneinten ihre Notwendigkeit. Gegenüber dem Jahr 1966 ist die Zahl der Befürworter gestie-

gen, die der Gegner geringfügig zurückgegangen. 75 % der Befragten bejahen die Notwendigkeit der Bundeswehr, nur 21 % verneinen sie. 53 % lehnen die Anerkennung der DDR als Staat ab, 38 % bejahen sie. Die Wortführer der Berliner Linksradikalen Dutschke, Teufel usw. begegneten einer überwiegenden Ablehnung. Einer entschiedenen Zustimmung von 4 bis 7 % und einer bedingten Wertschätzung von 14 bis 15 % standen negative Voten von 35 bis 55 % gegenüber. Eine sehr große Zahl der Studenten gab kein Urteil wegen „mangelnder Kenntnis“ der Personen ab. Von den Programmen der politischen Studentenverbände fanden die Vorstellungen der gemäßigten Linken die relativ stärkste Zustimmung; auch der RCDS schnitt günstiger ab als die radikale Linke. Erstaunlich groß ist hier mit 37 % der Anteil der Meinungslosen oder Unentschiedenen. Überraschend wird für viele auch sein, wie positiv die Bewertung einiger führender demo-

In einer der nächsten Ausgaben wird vom Fraktionsvorsitzenden der SPD, Helmut Schmidt, ein Beitrag zum gleichen Thema veröffentlicht.

kratischer Politiker im Vergleich zu den bekanntesten Wortführern der publizistischen und literarischen Linksopposition ist. Bundesminister Professor Carlo Schmid und Bundeskanzler Kiesinger fanden zum Beispiel einen wesentlich höheren Grad der Zustimmung als linksorientierte Schriftsteller und Publizisten wie Grass, Enzensberger usw.

Diese Beispiele mögen genügen. Sie sind geeignet, die Vielfalt studentischer Auffassun-

gen und Haltungen gegenüber den beliebten vereinfachenden Gleichungen deutlich zu machen. Ihr Aussagewert ist allerdings begrenzt. Geringfügige Abwandlungen in den Fragestellungen können andere Ergebnisse bringen; die Antworten sind auch nicht frei von Widersprüchen. Die sehr große Zahl von ausweichenden Stellungnahmen zeigt eine weitverbreitete Unsicherheit des politischen Urteils, für das es auch sonst zahlreiche Belege gibt.

Wandlung des Gesellschaftsbildes

Will man die zunehmende Aktivität der extremen Linken und das komplexe Bild der Auffassungen der Studentenschaft insgesamt verstehen, so muß man sich die gegenwärtige politische und gesellschaftliche Lage verdeutlichen. Die Situation der deutschen Studenten in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre ist in mancherlei Hinsicht grundlegend von den Gegebenheiten der fünfziger Jahre unterschieden. Die Periode des politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbaues der Bundesrepublik ist seit einiger Zeit abgeschlossen. Eine persönliche Erinnerung an die Kriegs- und Nachkriegsjahre gibt es für die heute Zwanzig- bis Fünfundzwanzigjährigen nicht mehr. Damit fehlt ein auf Erfahrung begründeter Vergleichsmaßstab für die gesellschaftliche und politische Struktur der Bundesrepublik Deutschland, die Leistungen, die es erforderte, sie zu einem von Wohlstand und Stabilität bestimmten demokratischen Staatswesen zu machen. Deutschlands Stellung in der Welt erscheint fixiert, mehr statisch als dynamisch. Der Weg von dem Besatzungsgebiet zum Mitglied der politischen und wirtschaftlichen Vertragssysteme der westlichen Welt war schon um 1960 abgeschlossen. Seitdem haben die Ost-West-Gegensätze und die neu auftretenden Spannungen im Atlantischen Bündnis wichtige Fortschritte und sichtbare Erfolge unmöglich gemacht. In der deutschen Frage zeichnet sich seit langem keine Chance zur wirklichen Überwindung des Status quo ab.

Dies alles ergibt für die junge Generation kein sehr begeisterndes, faszinierendes Bild. Es ist der Alltag einer Demokratie mit begrenzten

Handlungsmöglichkeiten und doch stark bestimmt durch die weltpolitischen Gegensätze und die besonderen Spannungen, die aus der Teilung erwachsen. Nach dem schnellen wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau sind jetzt verständlicherweise Strukturfragen der inneren Ordnung in den Vordergrund des Interesses getreten: Sind unsere Wirtschaftsverfassung und Sozialordnung gerecht und genügend ausgewogen? Gibt es starke Disharmonien und die Benachteiligung bestimmter Gruppen? Wie verhalten sich privater Wohlstand und die Finanzierung öffentlicher Aufgaben zueinander? In welchem Umfang und mit welchen Methoden müssen jetzt die großen Gemeinschaftsaufgaben verstärkt gefördert werden: Bildung und Wissenschaft, Gesundheit, Verkehr, Städtebau und Raumordnung? Wieweit entspricht die Verfassungswirklichkeit voll dem Grundgesetz und den Prinzipien des freiheitlichen demokratischen Rechtsstaates?

Diese großen Fragen der deutschen Innenpolitik sind ein zentrales Thema der Diskussionen, kritischer Betrachtungen und konstruktiver Vorschläge geworden. Es ist ein Fortschritt, daß sich ein großer Teil der Studentenschaft ihnen in den letzten Jahren stärker als zuvor zugewandt hat. Wir Politiker haben in den letzten fünfzehn Jahren oft genug das relativ geringe öffentliche Interesse der Jugend beklagt. Deshalb sollten wir jedes ernsthafte Engagement begrüßen, auch wenn viele Aussagen uns inhaltlich nicht zu überzeugen vermögen.

Einen besonders starken Impuls haben die Fragen der Hochschulpolitik und der Studienreform den studentischen Diskussionen gegeben. Sie sind naturgemäß seit langem das Hauptthema, die eigentliche Aufgabe der studentischen Vertretungen. Aber das Interesse der großen Mehrzahl der Studierenden an diesen Fragen und der Arbeit ihrer Repräsentanten blieb gering, wie vor allem die sehr niedrige Beteiligung bei den meisten Wahlen für die studentischen Parlamente zeigt.

Trotz der beengten, eingeschränkten Studienbedingungen der Nachkriegszeit wurden Stimmen der Kritik und des Protestes nur selten und nur durchweg gedämpft laut. Parallel zu der starken Steigerung der öffentlichen Aufwendungen für die Hochschulen seit 1959 und ihre Modernisierung wuchs in letzter Zeit jedoch die Unzufriedenheit mit den Studienbedingungen. Dieser paradoxe Tatbestand hat mehrere Ursachen. Die Studentenzahlen haben sich auf Grund der Expansion des weiterführenden Schulwesens und des Heranwachsens geburtenstarker Jahrgänge in wenig mehr als zehn Jahren verdoppelt. Heute haben wir an den wissenschaftlichen Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland 270 000 Studenten gegenüber 140 000 im Jahre 1952. In der gleichen Zeit hat sich die Dauer des Studiums im Durchschnitt um mehr als zwei Semester verlängert. Allein hierdurch werden im Vergleich zu 1952 rund 40 000 Studienplätze zusätzlich ohne eine entsprechende höhere Absolventenzahl beansprucht; die Studenten empfinden ihren sozialen Sonderstatus einer „festgehaltenen Kindersituation“ dadurch noch schärfer als zuvor.

Zu den höheren Studentenzahlen kommen die gestiegenen Erwartungen. Im zerstörten Nachkriegs-Deutschland und in den Jahren des Wiederaufbaues wurde es durchweg als große Chance angesehen, eine akademische Ausbildung erhalten zu können, auch unter beschei-

denen und beengten Voraussetzungen. In der Wohlstandsgesellschaft von heute besteht allgemein die Neigung, stärker in Ansprüchen und Berechtigungen zu denken und auf dem Hintergrund der allgemein verbesserten Lebensbedingungen auch eine modern ausgestattete, allen Erwartungen entsprechende Universität als „gesellschaftliche Dienstleistung“ zu verlangen.

In den Nachkriegs- und Aufbaujahren konnte bei kleineren Studentenzahlen das persönliche Bemühen von Professoren und Dozenten in einer unmittelbaren Wirkung manche Unzulänglichkeiten ausgleichen. Heute sind viele Fakultäten im Massenbetrieb durch Anonymität bestimmt, die oft Verwirrung, Enttäuschung und Opposition hervorruft. Hier besteht die Gefahr von wechselseitigen Mißverständnissen und Spannungen. Überlastete Professoren fühlen sich zu unrecht kritisiert; die Parlamente und ein Großteil der Öffentlichkeit verstehen nicht, daß die neuen hohen Aufwendungen zu keiner grundlegenden Verbesserung und Entspannung führen. Bund und Länder gaben 1967 rund 3,5 Milliarden DM für die wissenschaftlichen Hochschulen aus, gegenüber rund 1 Milliarde DM im Jahre 1960. Das bedeutet in sieben Jahren eine Steigerung auf 350 Prozent.

So reden Politiker, Professoren und Studenten in diesen Fragen häufig aneinander vorbei. Objektive Daten stehen gegen subjektiv sehr unterschiedliche Erfahrungen und Argumente. Sicher ist, daß eine rein numerische Steigerung der Leistungen nicht ausreicht, die tiefer greifenden Probleme zu lösen. Innere Struktur reformen der Hochschulen sind notwendig, die in den Gesamtzusammenhang unseres Bildungswesens einzuordnen sind; die Ausbildungs- und Studienzeiten müssen verkürzt, die Bedingungen für ein effektives Studium verbessert werden.

Zum Engagement der Studenten

Die kontroversen Fragen der deutschen Politik, vor allem aber ihre objektiven Begrenzungen und Spannungen und der Alltag der Hochschulen bieten somit manche Motive für ein stärkeres Engagement der Studenten und die besondere Betonung kritischer, oppositio-

neller Tendenzen. Es ist in einer Demokratie notwendig, daß diese Differenzen sichtbar und frei erörtert werden. Regierung, Parlament und alle, die dabei zur Mäßigung mahnen, sehen sich seit einiger Zeit dem Vorwurf ausgesetzt, sie wollten Konflikte verdecken, Anta-

gonismen unterdrücken und so eine trügerische Harmonie bewahren.

Es mag in der Politik und Öffentlichkeit solche Tendenzen geben. Sie verdienen Kritik, soweit diese auf wirklich schlüssigen Argumenten und nicht bloß unbewiesenen Verdächtigungen gründet. Aber in der undifferenzierten, manchmal schon militanten Forderung nach dem „offenen Austragen von gesellschaftlichen Konflikten“ wird auch ein erstaunlicher Wandel in den Argumenten der linksliberalen und radikal-demokratischen Opposition sichtbar. Die pädagogische und staatsbürgerliche Diskussion der fünfziger Jahre wurde von den Begriffen der Partnerschaft, des Dialogs und der Toleranz bestimmt, nachdem man die einseitige Betonung des Kampfcharakters der Politik und des Freund-Feind-Denkens in der politischen Philosophie eines Carl Schmitt in ihren verhängnisvollen Folgen erlebt hatte. Insbesondere die liberale intellektuelle Kritik wurde damals nicht müde, Bundeskanzler Dr. Adenauer eine zu rücksichtslose Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner vorzuwerfen und den Verlust an Gemeinsamkeit in der harten Auseinandersetzung um die Prinzipien der Außen- und Wirtschaftspolitik zu beklagen. Gegenwärtig gibt es keine vergleichbaren grundlegenden Alternativen für das konkrete politische Handeln in Deutschland. Dennoch hören wir von vielen einstigen Kritikern Adenauers heute ausdrückliche Zustimmung zu einem wesentlich schärferen Stil der Aktionen einer sogenannten „außerparlamentarischen Opposition“, zu Demonstrationen, die nicht in allen Fällen als „friedlich“ bezeichnet werden können, und dem Versuch, die Hochschulstruktur durch systematische Störaktionen „umzufunktionieren“.

In diesem radikalen Wandel grundsätzlicher Auffassungen wird eine typische Schwäche vieler intellektueller Beiträge zur deutschen Politik deutlich. Es gibt eine beträchtliche Labilität in Prinzipienfragen; die oppositio-

Außerparlamentarische Opposition

Schließlich begegnen wir vor allem auf der äußersten Linken dem schon erwähnten Anspruch kleiner aktiver Gruppen, als „außerparlamentarische Opposition“ durch Diskussionen, Demonstrationen und direkte Aktionen den Kurs der Politik, die Hochschule und die Gesellschaft grundlegend zu verändern.

nelle Grundstimmung bleibt, aber ihre Motivationen und Argumente erscheinen oft beliebig auswechselbar. Weitverbreitete Schlagworte wie das vom „offenen Austragen von Konflikten“ sind ambivalent. Sie entziehen sich einer verbindlichen Bewertung. Hier kann ein demokratisches Prinzip gemeint sein, die freimütige, von taktischen Erwägungen unbeeinflusste Konfrontation von Meinungs- und Interessensunterschieden als Entscheidungsbasis in einer parlamentarischen Demokratie. Zugleich ist aber die Vorstellung der „direkten Aktionen“ zumindest als Unterton erkennbar, eine fragwürdige Interpretation von Politik als nacktem Gruppen- oder Klassenkampf unter Mißachtung „formaljuristischer“ und „reaktionäre“ Normen.

Das studentische Engagement entfaltet sich heute in den verschiedenen skizzierten Möglichkeiten. Nur eine Minderheit arbeitet aktiv in den politischen Parteien mit. Aber es ist eine wichtige Minorität, die auch auf die hochschulpolitischen Debatten und die studentischen Wahlen einen beträchtlichen Einfluß nimmt. Sie steht gegenwärtig auf der „Linken“ in einer deutlichen Spannung zu der Politik ihrer Partei, versucht aber doch, von innen auf ihre Entwicklung demokratisch einzuwirken. Die Parteien müssen ernsthaft bestrebt sein, ihre Basis angesichts des zunehmenden politischen Interesses in der akademischen Jugend zu verbreitern. Dazu bedarf es vor allem bei ihren örtlichen Organisationen in den Universitätsstädten weithin einer stärkeren geistigen und organisatorischen Öffnung für neue, großenteils kritische und unbequeme Kräfte.

Eine größere Zahl von Studenten will an den Hochschulfragen und der allgemeinen Politik aktiver Anteil nehmen, ohne sich fester oder endgültig politisch zu binden. Dies ist eine demokratisch legitime Position. Es gibt auch außerhalb der Parteien manche Möglichkeiten der Mitwirkung in öffentlichen Angelegenheiten.

Sicher sind hier auch radikaldemokratische Motive und Forderungen erkennbar. Aber sie gehen fast unvermittelt in Vorstellungen und Handlungen über, die dem liberalen Verständnis unseres Grundgesetzes von Demokratie nicht mehr entsprechen, teilweise sogar schroff entgegengesetzt sind. Wenn zum Beispiel der

Sozialistische Deutsche Studentenbund programmatisch die Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland als „formal-demokratisch“ ablehnt, das Konzept der pluralistischen Gesellschaft bekämpft und die Revolution als legitimes Ziel entschlossener Minderheiten verkündet, so vertritt er eine anti-liberale und antidemokratische Konzeption, auch wenn dies manchen seiner Mitglieder, Mitläufer und Lobredner nicht bewußt ist.

Diese Ideologisierung und Fanatisierung auf der extremen Linken gehört zu den erstaunlichsten und bedrückendsten Phänomenen im vielfältigen Bild der Studentenschaft. Fast zwei Jahrzehnte nach 1945 war das Denken der akademischen Jugend durch betonten Pragmatismus und Nüchternheit bestimmt. Man sprach von der „skeptischen Generation“. Die deutschen Intellektuellen sahen es als einen großen und bleibenden Gewinn der schrecklichen Desillusionisierung von 1945 an, daß politische Ideologien ihre einstmals verführerische Kraft eingebüßt hatten. „Sachbezogenheit“, „Sachgerechtigkeit“ und „wissenschaftliche Exaktheit“ galten als Schlüsselbegriffe für eine überzeugende politische Argumentation — im liberalen ebenso wie im evangelisch-kirchlichen Verständnis. Um so mehr muß der relativ starke Einbruch einer emotionalen, durch Ressentiments und schwärmerische Züge bestimmten politischen Heilslehre in die studentische und intellektuelle Diskussion überraschen. Ihre Formeln sind nicht neu; diskreditierte oder längst überwundene Motive des Marxismus und sozialer Utopien leben in Verbindung mit Parolen der Tagespolitik wieder auf. Diskreditiert ist nach den letzten vierzig Jahren deutscher und russischer Geschichte die naive Verherrlichung von totalitären Gewaltssystemen und ihrer Exponenten, unabhängig von der ideologischen Etikettierung und Selbstrechtfertigung. Noch leben die enttäuschten und mißbrauchten intellektuellen Wortführer des europäischen Kommunismus der zwanziger und dreißiger Jahre unter uns, die weiter fest an ihr System und seine Ideologie glaubten, als Stalins Blutherrschaft nicht nur die Gegner der Partei, sondern auch ihre eigenen Kader dezimierte. Ihre erschütternden Zeugnisse „über den Gott, der keiner war“, verdienten eher Neuauflagen in deutschen Taschenbuchreihen als die verstaubten Ideen eines Herbert Marcuse und anderer Epigonen des neunzehnten Jahrhunderts.

Wenn einige deutsche Professoren, Studenten und Schriftsteller nach diesen furchtbaren Lektionen immer noch kritiklos eine „Diktatur der Guten“ für erstrebenswert halten und totalitäre Staaten mit ihren Advokaten der Gewalt — wie Mao Tse-tung, Castro und Guervera — bewundern, dann zeugt dies von einer völligen Verkümmern des historischen Bewußtseins und des Sinnes für die Wirklichkeit. Ideologisierung, Realitätsverlust und parteilicher, sektoraler Moralismus gehören eng zusammen. So kommt es heute zu erstaunlichen Widersprüchen, etwa der schonungslosen Verurteilung der amerikanischen Kriegsführung in Vietnam und der gleichzeitigen Verherrlichung der chinesischen Kulturrevolution, ungeachtet ihrer Blutopfer und inhumanen Züge.

Auch in der innerdeutschen Auseinandersetzung wird dies sichtbar. Der Slogan des Berliner Sozialistischen Studentenbundes „Alle Macht den Räten, brecht dem Schütz die Gräten“ zeigt exemplarisch die Verbindung einer verrohten Sprache, die an das „Wörterbuch des Unmenschen“ erinnert, mit politischem Sektierertum.

In der heutigen studentischen Generation finden wir beide entgegengesetzte Haltungen unmittelbar nebeneinander, den Pragmatismus der Nachkriegszeit und die neuen Formen in der Ideologisierung und Fanatisierung. Es spricht einiges dafür, daß man in Deutschland in der an sich notwendigen heilsamen Ernüchterung und in ihrer Verbindung mit einer neuen, teilweise unkritischen Wissenschaftsgläubigkeit zu weit gegangen ist. Die bestimmenden intellektuellen und publizistischen Tendenzen haben nicht nur Mythen und Vorurteile aufgelöst, was notwendig war, sondern im radikalen Zweifel (manchmal auch im Zynismus) in der politischen Philosophie „tabula rasa“ gemacht und dabei auch tragende Prinzipien unserer freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung in Mitleidenschaft gezogen. Ich halte die Auffassung für völlig falsch, daß man nach Auschwitz keine Gedichte mehr schreiben könne und nach Hitler nicht mehr von Vaterland, Nation und Staatsbewußtsein sprechen dürfe. Ich stimme allerdings denen zu, die meinen, daß nach dem schrecklichen Geschehen diese Begriffe anders verstanden und gebraucht werden müssen als zuvor und auch die Literatur von dem neuen Erfahrungshorizont zeugen sollte.

Die Jugend muß ihren Standort gewinnen

Der Jugend ist das Jahr 2000 näher als 1933. Sie muß, wie jede Generation, ihren Standort in der kritischen Auseinandersetzung mit dem Überkommenen und der eigenen Zeit gewinnen. Auseinandersetzung heißt nicht bloß Verwerfung oder gleichgültige Abkehr. Wer die Begriffe Nation und Vaterland völlig negiert, wird den nach 1945 geborenen jungen Menschen nicht mehr lange deutlich machen können, warum sie als Deutsche Hitler und Auschwitz mehr angeht als ihre Altersgenossen in anderen Ländern Europas, in Asien und Afrika. Dieser völlige Verlust an Tradition im Guten und Bösen wäre für Deutschland ein Unglück. Denn wir haben nach 1945 zum zweiten Male den Versuch gemacht, aus Trümmern einen freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat zu schaffen und unser Volk in feste, über-nationale Ordnungen zu integrieren. Dies ist alles noch unfertig und von Mängeln bestimmt, im eigenen Lande ebenso wie in Europa. Aber jede unvoreingenommene Bilanz wird davon ausgehen können, daß die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse in unserem Staat sehr große Chancen für eine dynamische innere Fortentwicklung, reformerische Konzepte und Alternativen bie-

ten. Im legitimen Widerstreit der Meinungen und Kräfte sollte es jedoch für die Älteren und Jungen bestimmte, feste Konstanten geben: das Bekenntnis zum freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat und seinen legalen Formen politischer Entscheidung, zu Toleranz, Selbstbestimmung und Frieden.

In geschichtlichen Bewegungen sind Gut und Böse selten ganz scharf geschieden. Die Unruhe und das Engagement eines Großteils der studentischen Jugend birgt Chancen und Gefahren in sich. Sie haben vor allem in der Hochschulpolitik die Notwendigkeit von Reformen schärfer aufgewiesen als je zuvor und für ihre Verwirklichung Impulse gegeben. Aber aus der radikalen Ideologisierung einer lautstarken Minderheit und ihrem Übergang zu „direkten Aktionen“ können sehr schwere Konflikte für den Staat und die Gesellschaft erwachsen. Es ist jetzt die Aufgabe der Politiker, der qualifizierten Publizisten und der demokratischen Gesellschaft, konstruktive Herausforderung und Ideen aufzunehmen und durch die eigene Aktion zu überzeugen, zugleich aber die freiheitliche Staats- und Rechtsordnung gegenüber allen antidemokratischen Tendenzen entschieden zu vertreten.

Strukturwandel des parlamentarischen Regierungssystems in der Bundesrepublik

1. Die Große Koalition

Bei der Gründung der Großen Koalition hatten CDU/CSU und SPD im einzelnen unterschiedliche Motivationen, Begründungen und Ziele. In einem war man sich im Herbst 1966 jedoch einig: Die Große Koalition sollte unpopuläre und schwierige, aber notwendige Entscheidungen fällen und durchsetzen (z. B. Finanzplanung, Reform der Wirtschaftsstruktur etc.), was man bei einer breiten parlamentarischen Mehrheit für leichter hielt. Eine solche Konzentration der parlamentarischen Kräfte ist für das parlamentarische Regierungssystem aus Notzeiten bekannt (z. B. in England als „National Government“ während des Ersten und Zweiten Weltkriegs unter Einschluß aller Parlamentsparteien). Von den Parteien, die die Große Koalition bildeten, wurde behauptet, daß in der Bundesrepublik eine Krise bestehe, die nur durch eine „Konzentration der Kräfte“ beseitigt werden könne. Es gibt im Zusammenhang mit der Großen Koalition eine ganze Reihe von Fragen, die politischer Beurteilung unterliegen und hier nicht behandelt werden können, z. B. ob eine so breite Regierung für die genannten Aufgaben notwendig war, ob in Friedenszeiten ein solches System des „National Government“ berechtigt ist, ob die Nachteile einer solchen Konstruktion die Vorteile überwiegen, ob die Große Koalition bisher durch Regierungserfolge gerechtfertigt wurde.

Zu diesen Fragen reichen die Meinungen von entschiedener Zustimmung bis zu radikaler Ablehnung. Uns interessieren hier nur die funktionalen Konsequenzen einer solchen Regierungsform auf Parlament, Wahlen und Wähler.

Mit freundlicher Genehmigung des Colloquium Verlages Otto H. Hess, Berlin, werden aus der in Kürze erscheinenden Schrift „Der Bundestag im parlamentarischen Regierungssystem. Darstellung und Dokumentation“, Schriftenreihe „Zur Politik und Zeitgeschichte, Heft 28/29“, die beiden Kapitel „Die große Koalition“ und „Außerparlamentarische Opposition“ als Vorabdruck veröffentlicht.

Über die möglichen Auswirkungen einer Großen Koalition auf das Regierungssystem schrieb der Bundestagsabgeordnete Ulrich Lohmar 1963:

„Was würde die Große Koalition für die Machtstruktur in der Bundesrepublik bedeuten können? Das Parlament und seine Fraktionen würden sich wieder als Legislative und als Kontrollorgan der Regierung betrachten können, ein der Verfassung entsprechendes Selbstverständnis des Parlaments könnte möglich werden. Die Mehrheitsfraktion wäre nicht länger die parlamentarische Exekutive der Regierung, sondern die beiden großen Fraktionen im Parlament würden der Regierung, die aus Vertretern beider Parteien gebildet wäre, gegenüberstehen. Das heute bestehende Machtkartell von parlamentarischer Mehrheit, Regierung und Verwaltung wäre damit beseitigt.“¹⁾ Was Lohmar hier als Folge einer Großen Koalition beschreibt und was er auch begrüßt, entspricht einem Grundzug des präsidentiellen Regierungssystems, in dem sich Parlament und Regierung weitgehend unverbunden gegenüberstehen und sich gegenseitig kontrollieren. Vor- und Nachteile von parlamentarischem und präsidentiellem Regierungssystem seien dahingestellt, um aber zum präsidentiellen System überzugehen, reicht es nicht, die Regierung zu wechseln, man müßte die Verfassung ändern.

Nur wenn Regierungschef und Parlament getrennt gewählt werden (wie im präsidentiellen Verfassungssystem), können sie auch voneinander unabhängig sein.

Das Parlament ist im parlamentarischen Regierungssystem als Entscheidungsträger in Konkurrenz zur Regierung nicht ausgerüstet.

¹⁾ U. Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, Stuttgart 1963, S. 103.

Die Parlamentsfraktionen bleiben im parlamentarischen Regierungssystem auch bei einer Großen Koalition von der Regierung abhängig: auf Grund der allgemeinen Überlegenheit der Regierung (z. B. bei Planungsaufgaben), wegen der vielfachen Identität von Regierung und Parteiführung und wegen der vielfachen Verbundenheit von Regierung und Parlamentsmehrheit (z. B. Anwesenheit von Ministern in Fraktionssitzungen).

Große Koalition im parlamentarischen Regierungssystem bedeutet also nicht Übergang zum präsidentiellen System. Zu welchen *Änderungen im Machtgefüge* führt eine Große Koalition?

1. Das Verhältnis von Regierung zu Regierungsmehrheit wird schwieriger. Zwar spricht wenig dafür, daß sich das Parlament als Ganzes als Gegenspieler der Regierung verstehen wird, aber wo die Regierung über eine Mehrheit von 90 % der Mandate verfügt, kann diese Mehrheit wohl kaum auf Dauer der Regierung geschlossen in allen Fragen folgen. Es wird sehr schwierig sein, die berechtigten Autonomieansprüche der Fraktionen zu befriedigen, ohne den Zusammenhalt zu gefährden. Die Unterschiede zwischen den Parteien scheinen immerhin noch so groß, daß sich die Abgeordneten gegen eine zwangsweise Vereinheitlichung durch eine gemeinsame Fraktionsdisziplin für 90 % aller Abgeordneten sträuben. Es haben sich bereits Tendenzen einer gewissen Verselbständigung des Parlaments in Fragen von nicht erstrangiger Bedeutung gezeigt (z. B. wechselnde parlamentarische Mehrheiten). Einfacher könnte das Regieren werden, wenn die Regierung sich um wechselnde parlamentarische Mehrheiten nicht kümmerte und sich mit Mehrheiten von 50 % zufrieden gäbe. Ob sie das mit Rücksicht auf ihre Legitimität tun kann, ist fraglich.

2. Große Koalition bedeutet zahlenmäßige Schwächung der Opposition. Regierung und Regierungsmehrheit (90 % der Mandate) haben ein übermäßiges Gewicht gegenüber der Opposition (10 % der Mandate). Die Opposition liegt weit unterhalb der unteren Wirksamkeitsgrenze. Da einige Funktionen des Parlaments (z. B. Artikulation und Kontrolle) vorwiegend von der Opposition ausgeübt werden, bedeutet die Schwächung der Opposition einen Funktionsverlust des Parlaments. Es ist zu fragen, ob diese Funktionen von anderen Institutionen

und Gruppen wahrgenommen werden, z. B. der außerparlamentarischen Opposition.

Das Parlament scheint vor allem in Artikulation und Information und in der Kontrolle geschwächt zu sein. Selbst Abgeordnete der Regierungsmehrheit beklagen sich über schlechte Information durch die Regierung.

Untersuchungen würden wohl ergeben, daß der Bundestag im ersten Jahr der Großen Koalition weiter aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt ist und weiter an Interesse verloren hat. Die Opposition vertritt zu wenige und ist für niemanden eine Gefahr; ihre Argumente gewinnen wohl kaum die Aufmerksamkeit eines breiteren Publikums. Innerhalb der 90 % Abgeordneten der Regierungsfaktionen gibt es zwar Meinungsverschiedenheiten und Kontroversen, sie erreichen aber kaum einmal das Plenum des Parlaments.

Auch die Kontrolltätigkeit des Parlaments scheint abgeschwächt zu sein. Der SPD-Fraktionsvorsitzende, Schmidt, beschwerte sich z. B. im Oktober 1967 darüber, daß zehn Große Anfragen von der Regierung seit Monaten unbeantwortet seien.

Die FDP ist als Oppositionspartei zahlenmäßig zu schwach, um alle Minderheitsrechte nutzen zu können. So kann sie z. B. nicht die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses erzwingen (ein Viertel der Mitglieder des Bundestags), und sie kann allein keine namentliche Abstimmung verlangen (50 Abgeordnete erforderlich).

Theoretisch könnte die Integration von Verbandsinteressen bei einer großen parlamentarischen Mehrheit einfacher sein als bei einer knappen Mehrheit. Die Integration von Verbandsinteressen hängt sehr stark von anderen Faktoren ab (z. B. der wirtschaftlichen Entwicklung). Eine Aussage über die Wirkung der Großen Koalition ist hier noch nicht möglich.

Die Große Koalition wird voraussichtlich die Funktionen der Bundestagswahl beeinflussen. Vor allem wird die Richtungsauswahl für die Wähler noch schwieriger werden. Die beiden Regierungsparteien werden wohl nur in eine begrenzte Konkurrenz eintreten; jede Partei wird vor allem darum bemüht sein, die Erfolge der Regierung auf ihr Konto zu schreiben bzw. die Mißerfolge dem Koalitionspartner zuzuschreiben. Da die Situation nach der Wahl nicht vorauszusehen ist und die Parteiführer eine Erneuerung der Großen Koalition nicht grund-

sätzlich ausschließen, wird es jedenfalls keine Konkurrenz auf Biegen und Brechen geben. Auch wenn es der FDP als Oppositionspartei gelingt, eine komplexe politische Alternative zu entwickeln, so ist sie doch auf Grund ihrer Bindung an höhere soziale Schichten für untere soziale Schichten kaum wählbar. Die Möglichkeiten der Richtungs Auswahl für den Wähler könnten durch die Parteien der außerparlamentarischen Opposition (s. S. 12 f.) erweitert werden.

Die Legitimationsfunktion von Wahlen würde reduziert, wenn die Wahlbeteiligung nachließe; die Integration durch Wahlen ließe nach, wenn die Parteien der außerparlamentarischen Opposition, die den Konflikt mit den bestehenden Verhältnissen besonders deutlich artikulieren, stärker würden.

Von einer Großen Koalition sind auch Auswirkungen auf die politische Ideologie zu erwarten. Diese Regierungsform dürfte dem immer noch gepflegten Ideal vieler Deutschen von einer überparteilichen Regierung entgegenkommen. Die Notwendigkeit einer großen Opposition für Erneuerung und Kontrolle kann nur durch Beispiel demonstriert werden; die Verkündung dieses Grundsatzes z. B. durch politische Bildung bleibt folgenlos. Die Verständnislosigkeit gegenüber der außerparlamentarischen Opposition, die z. T. eine Konsequenz der Großen Koalition ist, könnte den Ruf nach dem „starken Mann“ und dem „Ordnung schaffen“ zur Folge haben. Die Regierung der Großen Koalition, selbst als außerordentliches Unternehmen bezeichnet, verlangt von den Bürgern, vor allem den Parteibürgern, außerordentliche Disziplin: wenn die Große Koalition zusammenbräche, sei der Staat in Gefahr. Damit wird die Legitimität der Kritik von Bürgern in Frage gestellt. Das alles kann Spuren im Denken über Demokratie hinterlassen.

Neben diesen Auswirkungen auf das politische System wäre die Effektivität der Regierung in Planung und Ausführung zu untersuchen. Ist die Regierung der Großen Koalition handlungsfähiger als die einer kleineren parlamentarischen Mehrheit? Ist sie so effektiv, wie es die Bürger erwarten? Zu einer objektiven Beantwortung dieser Frage fehlen uns die Mittel.

Ein System der Großen Koalition ist eine Abweichung vom parlamentarischen Regierungssystem als Konkurrenzmodell mit Mehrheitsentscheiden. Die beiden großen Parteien teilen sich im Proporz die wichtigen Ämter; in politischen Sachfragen versuchen sie sich zu verständigen (Kompromiß) oder klammern die Fragen ungelöst aus oder bilden ein Junktim zwischen zwei oder mehr Fragen, so daß jede Partei zumindest teilweise zum Zuge kommt. Ein Überstimmen der einen durch die andere Fraktion würde wohl das Ende der Koalition bedeuten. Ein System der Großen Koalition hat Elemente einer „Proporzdemokratie“, wie sie von Lehmbruch als eigenes Modell neben dem Konkurrenzmodell dargestellt wurde²⁾. Die Proporzdemokratie hat in den westlichen Demokratien auf Dauer bisher nur in der Schweiz funktioniert, allerdings bei einem besonderen Verfassungssystem und bei spezifischen gesellschaftlichen und historischen Voraussetzungen. In Österreich hat eine Proporzdemokratie für kurze Zeit nach dem Ersten Weltkrieg und von 1945 bis 1966 bestanden. Sie erreichte (bis 1947 Allparteienregierung unter Einschluß der KPO) 1955 ihr Hauptziel, die Erlangung der staatlichen Souveränität. Bei der Bewältigung der „normalen“ politischen Aufgaben hat sie sich nicht bewährt. Sie wurde aber erst aufgegeben, als eine der Koalitionsparteien, die ÖVP, 1966 die absolute Mehrheit der Mandate erhielt; die dritte Partei des österreichischen Parlaments war von den beiden anderen Parteien nicht als koalitionswürdig angesehen worden.

In der Bundesrepublik wurde die Bildung einer Großen Koalition dadurch erleichtert, daß CDU/CSU und FDP nicht mehr koalieren wollten und die parlamentarische Basis einer SPD/FDP-Regierung nach Meinung der SPD zu schmal war. Die Beendigung der Großen Koalition dürfte erleichtert werden durch die absolute Mehrheit einer Partei oder ausreichende Mehrheit für CDU/CSU oder/und SPD bei einem Zusammengehen mit der FDP. Gegen eine Beendigung der Großen Koalition wirkt vor allem die Gewöhnung an den Koalitionspartner, an die „bequeme Mehrheit“ und vor allem an die Vorteile der Regierungsteilhabe.

²⁾ Gerhard Lehmbruch, Proporzdemokratie, in: Recht und Staat, Heft 335/336, Tübingen 1967.

2. Außerparlamentarische Opposition

Da in der Öffentlichkeit unter außerparlamentarischer Opposition sehr Unterschiedliches verstanden und sie sogar schon als „sogenannte“ bezeichnet wird, empfiehlt es sich, ein paar Definitionen für verschiedene Begriffe der politischen Opposition einzuführen.

Dabei wäre vor allem ein Unterschied zwischen *funktionellen* und *institutionellen* Oppositionsbegriffen zu machen. Funktionelle Oppositionsbegriffe orientieren sich an der Wirkungsweise und den Adressaten oppositioneller Tätigkeit. Institutionelle Oppositionsbegriffe orientieren sich an den Institutionen des politischen Systems (z. B. parlamentarische Opposition, innerparteiliche Opposition).

Bei den funktionellen Oppositionsbegriffen schlagen wir vor, zwischen einem weiten und einem engeren Begriff zu unterscheiden. Nach dem *weiten Begriff* wäre Opposition jede Meinung und Aktion, die den politischen Machthabern insgesamt oder einzelnen institutionalisierten Machthabern (z. B. Regierung oder parlamentarischer Opposition) entgegengesetzt ist oder mit der die schwächeren den stärkeren institutionalisierten Machthabern gegenüber treten (z. B. parlamentarische Opposition gegenüber Regierung). Die Opposition wirkt durch Kritik, Kontrolle und Alternativentwurf. Dieser weite Begriff hat den Nachteil, zu vieles zu umfassen. Nahezu jede Gruppe vertritt einmal Ansichten, die denen der Regierung entgegenlaufen, viele einzelne äußern Kritik.

Führt man drei zusätzliche Bedingungen ein, kann man einen *engeren Begriff* von Opposition erhalten. Man kann zu Bedingungen machen: a) Es müssen relevante Unterschiede in den politischen Anschauungen der konkurrierenden Gruppen bestehen. b) Die Opposition muß sich in irgendeiner Form organisiert haben. c) Mit b) zusammenhängend: Es muß eine gewisse Beständigkeit der Oppositionsstellung gegeben sein. Mit diesen zusätzlichen Bedingungen wird die Zahl der zu untersuchenden Oppositionsphänomene erheblich eingeschränkt.

Von den institutionellen Oppositionsbegriffen interessieren in diesem Zusammenhang nur zwei: die *parlamentarische* und die *außerparlamentarische Opposition*. Unter parlamentarischer Opposition verstehen wir die nicht in der Regierung vertretenen Parlamentsgruppen, die die Regierung zumindest teilweise bekämpfen. Außerparlamentarische Opposition

wird die kritische Tätigkeit der nicht im Parlament vertretenen Gruppen genannt.

In diesem Kapitel verwenden wir eine Definition, die den engeren funktionellen Oppositionsbegriff mit dem institutionellen Begriff außerparlamentarischer Opposition vereint. Danach sind unter außerparlamentarischer Opposition relevante kritische Meinungen und Aktionen zu verstehen, die den politischen Machthabern insgesamt oder einzelnen institutionalisierten Machthabern von Gruppen entgegengesetzt werden, die sich in irgendeiner Form organisiert haben und deren Oppositionsstellung von einer gewissen Beständigkeit ist.

Der Begriff der außerparlamentarischen Opposition wird seit 1967 von einem Teil der studentischen Opposition in Beschlag genommen. Ein *Überblick* zeigt, daß außerparlamentarische Opposition über die studentische Opposition hinausgeht und daß sie nicht erst seit 1967 besteht.

a) Parteien

Hier sind die Parteien gemeint, die nicht im Parlament vertreten sind. Bei der Bundestagswahl 1965 kamen von diesen Parteien nur NPD (rd. 665 000) und DFU (rd. 435 000) auf größere Stimmenanteile. Für die im Parlament vertretenen wie für die nicht vertretenen Parteien gilt: wer eine Partei gründet, beteiligt sich an Wahlen, wer sich an Wahlen beteiligt, will Parlamentssitze und Anteil an politischen Entscheidungen.

Dabei kann diese Beteiligung am parlamentarisch-demokratischen System taktisch sein und Hand in Hand gehen mit einem affektiven oder theoretisch begründeten Antiparlamentarismus.

Historisches Beispiel: Die NSDAP hat sich an Wahlen beteiligt, um die Macht zu gewinnen, die es ihr ermöglichte, die Demokratie abzuschaffen. In einem etablierten Parteiensystem wie dem der Bundesrepublik tendieren die nicht im Parlament vertretenen Parteien zu einer scharfen Kritik am System aller Parlamentsparteien.

b) Bewegungen unter Kontrolle der Parteien

Da die SPD als damalige Oppositionspartei auf Grund ihrer Minderheitsstellung im Bundestag die Entscheidung der Regierungsparteien über

die atomare Ausrüstung der Bundeswehr nicht verhindern konnte, versuchte sie, die Öffentlichkeit durch die formell unabhängige außerparlamentarische Bewegung „Kampf dem Atomtod“ für ihre Forderungen zu gewinnen. Als propagandistische Gegenorganisation wurde unter dem Einfluß der Regierungspartei CDU/CSU das Komitee „Rettet die Freiheit“ gegründet. Die geringe Autonomie dieser Bewegungen zeigt sich daran, daß sie sehr schnell verstummen, als die Parteien sie nicht mehr für erforderlich hielten.

c) *Interessenverbände*

Da die wichtigste Funktion der Interessenverbände in der Durchsetzung ihrer Interessen liegt, steht ihre oft partielle Opposition meist unter dem Vorbehalt der Erfüllung ihrer Forderungen. Sehr wenige Verbände betreiben eine zugleich allgemeinpolitische und interessenpolitische Opposition, wie z. B. der DGB, der von der Tarifpolitik, Bildungspolitik und Verfassungspolitik (z. B. Notstand) bis zur Außenpolitik teilweise oppositionelle Positionen bezieht. Die partielle interessenpolitische Opposition der meisten Verbände bedient sich vorwiegend der Stellungnahmen, Pressekonferenzen etc. von Vorständen; intensivere Opposition von Verbänden mit großer Mitgliederzahl kann zu Demonstrationen führen (z. B. „Marsch auf Bonn“ organisiert von den Kriegsoffiziersverbänden).

d) *Single—purpose—movement.*

Dieser Begriff bezeichnet Bewegungen, die sich mit einem oder vorwiegend mit einem Themenkreis befassen. Beispiele sind: die „Kampagne für Demokratie und Abrüstung“ (Ostermarsch), die sich gegen Atomwaffen, für eine allgemeine Abrüstung und für die Demokratisierung der Gesellschaft einsetzte; die „Internationale der Kriegsdienstgegner“, die in den verschiedenen Staaten, so auch in der Bundesrepublik, Sektionen hat — ihr „Thema“ ist der Pazifismus; das Kuratorium „Notstand der Demokratie“, daß die Ablehnung von Notstandsgesetzen in der Bundesrepublik propagiert und versucht, die oppositionellen Kräfte in dieser Frage zu koordinieren; auch eine so systemimmanente Organisation wie die „Deutsche Wählergesellschaft“ müßte man zur außerparlamentarischen Opposition rechnen — ihr einziger Programmpunkt ist die Einführung der Mehrheitswahl in der Bundesrepublik. Diese single-purpose-movements haben zwar alle nur einen Themenkreis, wollen und können

ihn aber meist nicht aus den politischen Zusammenhängen herauslösen.

e) *Massenmedien*

Hier ist an die Definition zu erinnern: nicht die kritische Einzelstimme, sondern die organisierte Gruppe, nicht die gelegentliche, sondern die relativ beständige Oppositionsstellung interessiert. Eine relativ beständige und teilweise entschiedene Opposition wird von den Presseorganen mit hoher Auflage nur von „Der Spiegel“ betrieben. Nicht ohne kritischen Einfluß sind wohl einige Magazinsendungen des Fernsehens wie Monitor, Report und Panorama.

In relevanter ideologischer Distanz zu den Machthabern stehen Monatszeitschriften, die eine entschiedene Opposition verfechten: z. B. „Konkret“ und „Blätter für deutsche und internationale Politik“, die aber nur geringe Auflagen haben. Es gibt in der Bundesrepublik keine oppositionelle Tageszeitung mit großer Verbreitung.

f) *Gesellschaftliche Gruppen*

Heute wären dazu zu rechnen vor allem Teile der Jugend, darunter in erster Linie Studenten, aber auch Teile der Gewerkschaftsjugend und auch Schüler. Die oppositionellen Studenten haben als organisatorische Basis die Organe der studentischen Selbstverwaltung und die politischen Studentenverbände (z. B. SDS). Die Studentenverbände der SPD und der FDP, SHB und LSD, und z. T. der RCDS (Studentenverband der CDU) sind heute oppositionell gegenüber den Führungen der Mehrheiten der Parteien eingestellt, zu denen sie sich bekennen. Einige Studenten versuchen heute, die Verbindung zu linken Arbeitern und Gewerkschaftern und zu Schülern herzustellen. Von außen angestoßen, aber auf autonomem Interesse und Aktivität beruhend, ist das „Aktionszentrum unabhängiger und sozialer Schüler“ (AUSS) ein Ansatz zur Bildung einer Schüleropposition.

g) *Politische Clubs*

Politische Clubs sind die jüngste Organisationsform außerparlamentarischer Opposition in der Bundesrepublik. In Frankreich z. B. sind solche Clubs als Organisationsform der Linken seit einigen Jahren bekannt (z. B. Club Jean Moulin). Auch in der Bundesrepublik deuten die Clubs bereits im Namen eine politische Richtung an, z. B. Club Voltaire, Club Georg Büchner, Club Humanité. Es handelt sich ent-

weder um politisch-literarische Clubs oder um rein politische Clubs. Sie verstehen sich wohl überwiegend als intellektuelle Avantgarde, die durch Aufklärungsarbeit Staat und Gesellschaft zu demokratisieren sucht. Der Republikanische Club Berlin versteht sich außerdem als Aktionszentrum, von dem zu bestimmten Anlässen z. B. Demonstrationen ausgehen. Die Mitgliederzahlen der politischen Clubs sind bis heute recht gering.

Das Phänomen der außerparlamentarischen Opposition ist der Öffentlichkeit vor allem durch die linke Opposition bewußt geworden. Diese hat aber bis heute kein geschlossenes Programm. Es ist eher möglich, die Themen zu nennen, auf die sie sich konzentriert.

Da sind einmal die Themen, die die Interessen der Gruppen unmittelbar berühren: z. B. Hochschulreform und Bildungspolitik für die Studenten, Strukturfragen der Industrie für die Gewerkschafter, Schulreform und Sexualprobleme für die Schüler.

Vor allem aber gibt es den großen Themenkreis der Linken vom SDS bis zum linken Flügel der SPD:

Notstandsgesetzgebung als Versuch einer Abschaffung der Demokratie von oben;

Große Koalition als Verfestigung des „Establishments“;

ehemalige Nazis in führenden Ämtern als Zeichen der Restauration;

Demokratisierung der Gesellschaft von Sozialisierung oder Mitbestimmung über Abbau der politischen Justiz bis zu einem neuen Ehescheidungsrecht;

Kampf gegen die privatwirtschaftliche Konzentration der Presse;

Abrüstung und Kampf gegen die Atomrüstung der Bundeswehr;

diplomatische Beziehungen zu osteuropäischen Staaten einschließlich der DDR als Voraussetzung einer europäischen Friedensordnung;

Unterstützung der Befreiungsbewegungen in den Entwicklungsländern, die gegen Kolonialmächte und traditionelle Oligarchien gerichtet sind;

Vietnam als Befreiungskampf eines Volkes und als unmenschlicher Krieg.

Die außerparlamentarische Opposition hat in der Bundesrepublik noch wenig Legitimität. In den Schulbüchern nicht vorgesehen, scheint sie keinen Platz im System der Institutionen zu

haben und als Gegenbewegung nicht zulässig zu sein. Die Entstehung einer linken außerparlamentarischen Opposition in den letzten Jahren hat Gründe, die im Politischen und Sozialen liegen. Welche Faktoren wirken hier zusammen?

Die Intensität der parlamentarischen Opposition in Kritik, Kontrolle und Alternativentwurf hat stark abgenommen. Die FDP als heutige Oppositionspartei ist klein und gehört mit ihrer sozialen Basis zum gesellschaftlichen „Establishment“.

Bestimmte Themen (z. B. Vietnam) werden von den machthabenden Parteien nicht oder kaum beachtet; andere Themen (z. B. Bildungspolitik) werden zwar behandelt, aber ohne die politischen Konsequenzen, die die außerparlamentarische Opposition für notwendig hält.

Objektive Mißstände wie der Vietnamkrieg oder die deutsche Bildungspolitik, die Lage der Bevölkerung in den Entwicklungsländern oder der Zustand der innerparteilichen Demokratie in den deutschen Parteien provozieren den Protest um so stärker, je weniger ein ernsthafter Reformwille bei den institutionalisierten Kräften gesehen wird.

Die Rezession der Wirtschaft in der Bundesrepublik hat das Bewußtsein für die Struktur-mängel der Gesellschaft geschärft.

Die Umwandlung der SPD in eine gemäßigte, ins politische und soziale System eingefügte Partei ermuntert andere Gruppen (z. B. Studentenverbände), die Erbschaft des Sozialismus aufzunehmen und weiterzuentwickeln.

Die Arbeiterschaft scheint in Resignation und Anpassung ihre Rolle als Träger einer fortschrittlichen Politik aufzugeben; ein Teil der außerparlamentarischen Opposition versteht sich als Nachfolger.

Der Zwiespalt zwischen der von der Regierung vertretenen Deutschland- und Ostpolitik und der Politik, die von Teilen der außerparlamentarischen Opposition für realistisch gehalten wird, mindert das Vertrauen in die Regierenden.

Weitere Faktoren sind die objektive Verschlechterung der sozialen Lage bestimmter Gruppen, z. B. der Studenten bei Ausbleiben der Reformen in ihren „Betrieben“, den Hochschulen, der Abbau sozialer Leistungen für die Arbeitnehmer oder die Unsicherheit des Arbeitsplatzes, vor allem für die Arbeiter im Ruhrgebiet.

Ebensowenig wie das Entstehen der außerparlamentarischen Opposition selbstverständlich ist, ist es auch ihr Bestehen. Auch hier müssen einige Faktoren zusammenwirken, um ihre Existenz zu ermöglichen.

1. Die rechtliche Zulässigkeit außerparlamentarischer Opposition (z. B. Informations- und Meinungsfreiheit, das Recht, Gruppen zu bilden, die Versammlungsfreiheit) und politisch neutrale, der demokratischen Verfassung verpflichtete Gerichte.

2. Bürger, die bei u. U. politisch völlig anderen Meinungen das Recht demokratisch operierender Minderheiten anerkennen und damit zur Legitimität außerparlamentarischer Opposition beitragen.

3. Das Fehlen einer „Politischen Diffamierung der Opposition“³⁾. In der Bundesrepublik hat vor allem zu den Höhepunkten des Kalten Krieges die Diffamierung der linken Opposition — als kommunistisch inspiriert, beeinflußt oder gelenkt — ihren Spielraum außerordentlich verengt.

4. Wahrnehmung der Informationsfunktion durch die Massenmedien, vor allem die Presse. Nur so können auch die Argumente oppositioneller Minderheitsgruppen eine breitere Öffentlichkeit erreichen. Wird die außerparlamentarische Opposition totgeschwiegen und hat sie keine eigenen Publikationsmöglichkeiten, ist sie unter den Bedingungen der Massengesellschaft in Gefahr, esoterisch zu werden oder sich aufzulösen.

5. Minimum an materiellen Mitteln (Beiträge, Spenden, staatliche Mittel) und Mindestmaß an Organisation (Zusammenkünfte der Mitglieder oder Anhänger, verantwortliche Sprecher, Büros, freiwillige Helfer etc.).

6. Vorhandensein von ideologischen Spaltungen und von Interessenunterschieden, die im System der etablierten Kräfte entweder nicht ausgedrückt oder nicht zu befriedigenden Kompromissen geführt werden können.

³⁾ Heinrich Hannover, Politische Diffamierung der Opposition, Dortmund 1962.